NICHT MIT UNS - Der Beginn einer Bewegung mit Wut und Mut

"Wäre die Kirche eine Partei, würde ich jetzt austreten!" Dieses Statement von Caritas-Direktor Dr. Enno Hermans brachte den Stein ins Rollen. Die Katholiken sind entsetzt und aufgewühlt angesichts des Missbrauchsskandals. Der Gemeinderat Herz Jesu lud darum vor Weihnachten alle Pfarreimitglieder zum offenen Austausch ins Gemeindeheim Herz Jesu. "Alle beschäftigt diese Krise – wir müssen darüber sprechen und wir müssen etwas tun", so Anne Gerbracht vom Gemeinderat Herz Jesu zum Auftakt. Im Februar folgte ein zweiter Gesprächsabend im Lichte der gerade beendeten Bischofskonferenz in Rom.

NICHT MIT UNS!! - der Titel der Veranstaltungen bringt die Stimmung auf den Punkt. Das Kirchenvolk ist wütend! Und zwar nicht nur mehr oder weniger sauer, wie man es seit vielen Jahren ist über die allgemeinen Fragen der Macht und Hierarchie innerhalb der Kirche oder des Umgangs mit Homosexualität und der Frauenfrage – nein, diesmal geht es ans Eingemachte. Seit immer mehr Fakten über Verbrechen und den Umgang der Kirche mit dem Missbrauchsskandal bekannt werden, brodelt es gewaltig. Immense Betroffenheit angesichts des Leids der Opfer, Wut über die Verbrechen und Empörung über das Vertuschen der Taten und Versetzen der Täter, wodurch weitere Verbrechen begangen werden konnten, empfinden alle Anwesenden. Dass Verbrechern von Seiten der Kirchenoberen (noch immer) mehr Verständnis entgegengebracht wird als den Opfern, deren Leben zum Teil zerstört ist, ist einfach unerträglich. Und noch immer lassen viele Bischöfe die nötige Demut vermissen, niemand bekennt sich wirklich schuldig, alle verstecken sich hinter einem kollektiven "Wir". "Die Kirche" habe "Fehler" gemacht. Auch das abschließende Statement von Papst Franziskus stellt niemanden zufrieden.

Zweifel, Empörung und Misstrauen schlagen dieser Kirche entgegen. "So kann es nicht weiter gehen" - "Diese Kirche ist ein Auslaufmodell", so die Meinungen am Abend. Gläubige wenden sich in Scharen ab, die Zahl der Priester wird immer geringer, echte Ökumene scheint von Bischöfen beider Konfessionen nicht gewünscht zu sein. Und obgleich der Saal an beiden Abenden gut gefüllt ist, gibt es schon eine große schweigende Masse an Kirchensteuerzahlern, deren Interesse an der Kirche bereits weit (zu weit?) gesunken ist. Viele Katholiken empfinden ein Dilemma: Zur Kirche als Volk Gottes wollen sie gehören – zur Kirche als gegenwärtiger Institution nicht.

Es geht tatsächlich um die Existenz. Und gerade deshalb - weil niemand seine Kirche verlieren will - wurde beschlossen, aktiv zu werden. Da niemand ernsthaft glaubt, dass Bischöfe und Kardinäle von sich aus die nötige Schritte tun werden, sind sich alle Anwesenden schnell einig, dass der Druck von unten kommen muss.

Die Vernetzung der Verärgerten

Das Format der NICHT MIT UNS-Abende soll auch in die anderen Pfarreien getragen werden, bis hin zu einer bundesweiten Bewegung. "Wenn nicht jetzt, wann dann?"

Man kann es "Forderungen" nennen, aber eigentlich sind es Wege aus der Krise, die von den Laien aufgezeigt werden und die nun konkretisiert werden müssen. Bischof Overbeck und Generalvikar Pfeffer scheinen auf dem richtigen Weg zu sein, was man von beiden hört und liest, macht Hoffnung. Sie sollten jetzt Unterstützung von der Basis erfahren, um ihre progressiven Positionen in der Bischofskonferenz zu stärken. Es sollen möglichst medienwirksam Zeichen gesetzt werden.

Folgende Überlegungen stehen im Raum:

- Demokratische Strukturen und eine echte Gewaltenteilung müssen her.
 Die strenge Hierarchie und die Machtstrukturen in der Kirche müssen aufgebrochen bzw. menschlicher gestaltet werden. Es darf kein Machtgefälle ohne Kontrolle mehr geben.
- Frauen sollen gleichberechtigt in kirchliche Ämter gelangen dürfen, bis hin zum Priesteramt.
- Vielleicht sollte man auch auf die Politik zugehen, um eine Veränderung oder Kündigung des Konkordats zu erreichen und die enge Verknüpfung von Kirche und Staat auflösen und Ämter zeitlich begrenzen. Wir können nicht mit dem Finger auf andere Religionsgemeinschaften zeigen und verlangen, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen, während die katholische Kirche schwerste Verbrechen vertuscht oder innerkirchlich regelt. Der Rechtsstaat darf sich so etwas nicht bieten lassen.

Die Zeit der Geduld ist endgültig vorbei. Aus den Reihen der Anwesenden bildete sich eine Arbeitsgruppe, die Vorschläge für konkrete Aktionen erarbeitet hat.

Eine erste Aktion besteht darin, dass wir uns der Initiative "Maria 2.0" www.mariazweipunktnull.de aus Münster anschließen werden.

Eine zweite Aktion ist ein offener Brief an die Deutsche Bischofskonferenz, für die wir Unterschriften sammeln werden.